Vorlage, DS-Nr. 2020/0987

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Haupt- und Finanzausschuss	15.12.2020			

Betreff: Antrag der Fraktion Die Fraktion Troisdorf vom 01. Dezember 2020
hier: Böllerverbot an Silvester 2020 in Troisdorf

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung appelliert ausdrücklich an die Troisdorfer*innen zum diesjährigen Jahreswechsel auf die Verwendung von Feuerwerk und Böllern zu verzichten und die geltenden Abstands- und Kontaktregeln einzuhalten.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Sachdarstellung:

Gemäß der aktuell gültigen Coronaschutzverordnung NRW sind öffentlich veranstaltete Feuerwerke zum Jahreswechsel 2020/2021 untersagt. Darüber hinaus können die zuständigen Behörden die Verwendung von Feuerwerk und Böllern auf näher zu bestimmenden Plätzen und Straßen untersagen, für die ohne solche Untersagung größere Gruppenbildungen zu erwarten sind.

Der Verwaltung liegen Erkenntnissen aus den Vorjahren hinsichtlich größerer Verschmutzungen an Pyrotechnik für die Fußgängerzone, Frankfurter Straße Ecke Siebengebirgsallee, Lahnstraße, Zum Altenforst und Mendener Straße vor. Seitens der Polizei wurden als beliebte Orte bei feiernden Gruppen neben der Fußgängerzone die Plätze Eisenplatz, Oberlarer Platz, aber auch Rasenflächen oder Straßenbereiche vor großen Wohnanlagen wie im Altenforst oder in Friedrich-Wilhelms-Hütte im Bereich Mendener Straße, Nahestraße sowie vor der Burg Wissem genannt. Die Aufzählung war nicht abschließend, auch Kreisverkehre wurden genutzt um nachbarschaftlich zusammenzukommen.

Als Anlage ist das Einsatzaufkommender Feuer- und Rettungswache zum Jahreswechsel der letzten 3 Jahre beigefügt. Es wird deutlich, dass keine erhöhten rettungsdienstliche Einsatzaufkommen aufgrund pyrotechnische bedingte Verletzungen zu verzeichnen sind; eine dies bezüglich Mehrbelastung der Krankenhäuser durch Troisdorfer Patienten ist nicht belegbar. Das Einsatzaufkommen in abwehrenden Brandschutz ist aus Sicht der Feuerwehr ebenfalls als nicht auffällig zu bezeichnen.

Nach Einschätzung der Verwaltung würde der Erlass einer Allgemeinverfügung wie beantragt lediglich zu ortsnahen Verdrängungseffekten (z.B. in den anliegenden Nahbereich der Fußgängerzone) führen. Die Coronaschutzverordnung sieht bereits eindeutige Kontaktbeschränkungen im öffentlichen Raum vor und es kann offengelassen werden, in wieweit ein zusätzliches Abbrennverbot von Pyrotechnik in ausgewählten Bereichen die Einhaltung der Kontaktbeschränkungen fördert.

Das städtische Ordnungsamt arbeitet bereits jetzt schon an der Belastungsgrenze.

Das bloße Aussprechen von weiteren Verboten ohne die Einrichtung von ausreichenden personellen Kontrollkapazitäten wird daher verwaltungsseitig nicht als zielführend erachtet.

Die Verwaltung empfiehlt auf eine Allgemeinverfügung zu verzichten und stattdessen an die Bevölkerung zu appellieren die bereits für alle Lebensbereiche geltenden notwendigen Grundregeln "Abstand, Hygiene und Alltagsmasken" sowie die Kontaktbeschränkungen konsequent einzuhalten.

In Vertretung

Horst Wende
Beigeordneter und Stadtkämmerer